

Solarer Wirtschaftsmotor & Klimaschutz-Booster

10 Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft & des Klimaschutzes

Die Solar- und Speichertechnik sind unverzichtbare Schlüsseltechnologien für einen zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort Deutschland und eine erfolgreiche Energiewende im Strom-, Wärme- und Mobilitätssektor. Durch eine günstige Bereitstellung großer Energiemengen trägt Solarenergie aktiv zur Senkung der Energiekosten bei. In der kommenden Legislaturperiode gilt es, diese bereits heute wirkenden Kostenvorteile mit Hilfe einer besseren Synchronisierung des Stromsystems, einer Stärkung des Speicher-Ausbaus und einer Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen für die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft noch stärker nutzbar zu machen:

1. Wirtschaft durch solare Energiewende ankurbeln – Ausbauziele erreichen

Solarenergie senkt schon heute die Energiekosten von Unternehmen und Verbrauchern in Milliardenhöhe u. wird absehbar zum entscheidenden Wirtschaftsfaktor moderner Industrienationen | Solar- und Speicherbranche stehen bereit, die gesetzlichen Ausbauziele im Strom- und Wärmesektor zu erreichen | Wirtschaft durch Abbau von Barrieren stärker von preiswerter Solarenergie profitieren lassen



2. Speicher werden zum zentralen Element eines modernen Energiesystems – Turbo jetzt zünden

Speicher als schnellstes und wirkungsvollstes, minimalinvasives und günstiges Instrument zur Integration von Solarenergie in den Strommarkt | Leistungsfähige Speicherbranche ist in der Lage, kurzfristig große Kapazitäten zu installieren | Großspeicher baurechtlich privilegieren | Baukostenzuschüsse senken | konsequent Multi-Use ermöglichen



3. Strommarkt reformieren und Investitionsanreiz im Förderrahmen gewährleisten

Entfesselung von Marktkräften und Investitionsabsicherung gleichermaßen ermöglichen u. sicherstellen | Förderrahmen unter Beachtung der Spezifika unterschiedlicher Marktsegmente, bestehender und neuer Geschäftsmodelle und Erhalt bürger- und unternehmensnaher Energiewende nachjustieren | Planungssicherheit und Bestandsschutz gewährleisten



4. Transformation setzt Digitalisierung des Energiesystems voraus

Massive Beschleunigung der Digitalisierung an allen Stellen des Energiesystems notwendig | Dazu müssen Prozesse vereinfacht, standardisiert, kosteneffizient und massentauglich gestaltet werden | Verbindlicher Rahmen für VNB | Kosten zur EE-Steuerung nicht einseitig auf Anlagenbetreiber abwälzen



5. Eigenverbrauch und Direktversorgungskonzepte sind Motor der Energiewende

Direktversorgungskonzepte ((gemeinschaftlicher) Eigenverbrauch, Mieterstrom o. PPA) sind entscheidende Energiewende-Treiber: Mobilisierung von privatem und gewerblichem Kapital, Einbindung breiter Bevölkerungsschichten in die Energiewende und Beibehaltung hoher Akzeptanz – Rechtlicher Rahmen soll Konzepte praxistauglich und bürokratiearm ermöglichen | Hemmnis-Abbau bei PPA



6. Genehmigungsprozesse beschleunigen – Bürokratie abbauen

Genehmigungsverfahren entschlacken u. beschleunigen | Einführung baurechtlicher Privilegierungen für Batteriespeicher, Freiflächen-Solarthermie- sowie Agri-PV-Anlagen | Naturschutz-Nutzen von Solarparks würdigen



7. Wärmewende durch Solarthermie entfesseln – knappe Brennstoffe einsparen

Potenzial zur Bereitstellung kostengünstiger Wärme in Gebäuden, Wärmenetzen und industriellen Prozesse heben | Kein Stopp-and-Go bei Bundesförderung | Heizungsgesetz nachjustieren, nicht abschaffen | mehr Technologieoffenheit und Flexibilität bei Erfüllung von Mindeststandards | Verlässlich steigende CO₂-Bepreisung (sozial flankiert) kann Rolle der Förderung u. U. nach und nach übernehmen



8. Netzausbau, -nutzung und Netzanschlussprozesse beschleunigen

Vorhandene Netzkapazitäten durch gemeinsamen Netzverknüpfungspunkt („Überbauung“) und mehr Netztransparenz effizienter nutzen | Kommunikation mit Netzbetreibern schnell, einfach und digital gestalten | Mehr Verbindlichkeit auch für Netzbetreiber herstellen



9. Hohe Akzeptanz für Solartechnik sichern und ausbauen

Bürger-Beteiligung mittels gemeinschaftl. Gebäudeversorgung, Mieterstrom, Energy-Sharing, Energie-Genossenschaften



10. Renaissance der Solarindustrie in Europa ermöglichen

Aufbau krisenfester Lieferketten zum Schutz vor geopolitischen Verwerfungen und der strategischen Souveränität politisch flankieren, ohne Zölle und andere Handelsbeschränkungen zu schaffen



Vorbemerkung

Beim Ausbau der Solarenergie und Solarstromspeicher kann Deutschland beachtliche Erfolge vorweisen: Im ersten Halbjahr 2024 wurden fast **15 Prozent** des deutschen Strombedarfs durch kostengünstigen, klimafreundlichen Solarstrom gedeckt. Solarenergie ist damit **systemrelevant**, trägt entscheidend zur Versorgungssicherheit bei, ist die **günstigste Möglichkeit der Stromerzeugung** aus Neuanlagen und zum Erreichen der Klimaschutzziele unverzichtbar. Zusammen mit Speichern und im intelligenten Mix mit anderen erneuerbaren Quellen wird Solarenergie **planbar und zuverlässig**.

Verlässliche und attraktive Rahmenbedingungen mobilisieren **jährlich Milliardeninvestitionen** aus dem In- und Ausland in die heimische Solarwirtschaft. Mit **weit über 100.000 Beschäftigten** und einem **Jahresumsatz von über 25 Milliarden Euro** ist die Solarbranche zugleich ein **bedeutender Wirtschaftsfaktor**. Vom Balkonkraftwerk über solare Eigenheime, Mieterstromsystemen bis hin zu Solaranlagen auf Industrie- und Gewerbedächer und der Möglichkeit zur Teilhabe an Solarfonds: Keine andere moderne Energieform ist so **stark bei Bürgerinnen und Bürgern und in der Unternehmerschaft verankert** wie die Solartechnik im Strom- und Wärmemarkt.

Kein Wunder, dass Solarenergie **höchstes Ansehen** genießt und in Umfragen die Energieform ist, deren Zubau am meisten gewünscht wird und deren Förderung auf breite Unterstützung trifft: In einer YouGov-Repräsentativbefragung

unter 2.043 Personen (18+) im Auftrag des BSW-Solar von Anfang Nov. 2024 rangierte auf die Frage, welche Stromarten in der nächsten Legislaturperiode in Deutschland verstärkt genutzt werden sollten, mit 55 Prozent **an erster Stelle die Solarenergie** (vor der Windkraft mit 49 Prozent und der Wasserkraft mit 40 Prozent, der Biomasse mit 28 Prozent, dem Hausmüll und der Kernenergie mit jeweils 24 Prozent, der Geothermie mit 22 Prozent, Erdgas mit 17 Prozent sowie Stein- und Braunkohle mit jeweils 7 Prozent). In der gleichen repräsentativen YouGov-Umfrage **wünschen sich fast zwei Drittel der Befragten (64 Prozent), dass die nächste Bundesregierung den Ausbau der Solarenergie (eher) beschleunigen solle**.

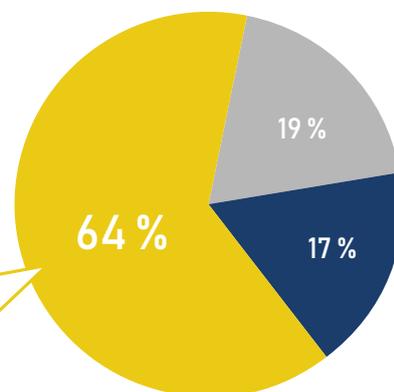
Durch den erfolgreichen Zubau der Erneuerbaren Energien tritt die Energiewende nun in eine neue Phase, in der das Stromsystem stärker flexibilisiert und digitalisiert werden muss. **Flankiert durch einen beschleunigten Hochlauf von Batteriespeichern und einen forcierten Netzausbau lassen sich die gesetzlich verankerten Ausbauziele für Erneuerbare Energien erreichen**. Im folgenden Papier stellt der Bundesverband Solarwirtschaft als Stimme der Solar- und Speicherbranche mit über 1.100 Mitgliedsunternehmen die in ihren **Augen zentralen Eckpunkte für die Energiepolitik der nächsten Jahre in den Handlungsfeldern Solar- und Batteriespeichertechnik** vor: Für eine erfolgreiche Energiewende im Strom-, Wärme- und Mobilitätssektor und einen dynamischen Wirtschaftsaufschwung bedarf es:

Fast 2/3-Mehrheit für schnelleren Solarausbau ... unabhängig von politischer Einstellung

Im Jahr 2025 finden Bundestagswahlen statt. Die nächste Bundesregierung sollte den Ausbau der Solarenergie ...

**(eher)
beschleunigen**

Zustimmung nach Wahlverhalten*:
Bündnis 90/Die Grünen: 85 %
SPD: 76 %
CDU/CSU: 67 %
FDP: 64 %



Weiß nicht / keine Angabe

(eher) verlangsamen

Quelle: Repräsentative Bevölkerungsumfrage von YouGov im Auftrag des BSW-Solar mit 2.043 Befragten (11/2024)
*bei der Bundestagswahl 2021

1. Wirtschaft durch solare Energiewende ankurbeln – Ausbauziele erreichen



88 GW installierter PV-Leistung in Deutschland wurde kürzlich erreicht und auch für die nächsten Jahre gilt: Eine **solare Energiewende auf Zielkurs ist ein Wirtschaftsmotor** für Deutschland als moderne Industrienation.

Im großtechnischen Maßstab lässt sich **Solarstrom wie auch Solarwärme in Deutschland inzwischen bereits ab 5 Cent je Kilowattstunde** erzeugen, teils sogar darunter. Nach einer jüngsten Fraunhofer-Analyse weist Solarstrom in Kombination mit Batteriespeichern inzwischen niedrigere Stromgestehungskosten auf als konventionelle Kraftwerke.

Schon heute drückt Photovoltaik den Preis an der Strombörse und damit den Strompreis für Industrie und Verbraucher: Demnach wäre der Börsenpreis für Strom in den letzten zwölf Monaten (Zeitraum von Oktober 2023 bis September 2024) ohne Solarenergie um durchschnittlich 25 Prozent höher gewesen als er mit Solarenergie war. Für Energieverbraucher bedeutet das rund **9 Milliarden Euro geringere Kosten**. Ein typischer Privathaushalt sparte dadurch etwa 80 Euro Stromkosten. Für industrielle Verbraucher liegen die Einsparungen bei etwa 10 Prozent deren Stromkosten (Prof. Hirth). Hinzu kommt die Vermeidung steigender Klimafolgekosten in Milliardenhöhe.

Um bei den Ausbauzielen weiterhin auf Zielkurs zu bleiben, **bedarf es allerdings zusätzlicher Anstrengungen, damit die Ausbaudynamik erhöht wird** und der anvisierte jährliche Ausbaupfad von 22 GW erreicht wird. Vom Handwerk über innovative Mittelständler bis hin zur Industrie steht die Solar- und Speicherbranche bereit, um eine der Schlüsseltechnologien für den Wirtschaftsstandort Deutschland auszubauen.

Mit Hilfe eines beschleunigten Ausbaus der preiswertesten Energiequelle Solartechnik sowie Speichern und ihrer intelligenten Integration ins Energiesystem lässt sich die **Abhängigkeit von teuren Energieimporten senken, um den Preisanstieg bei Strom und Wärme zu stoppen bzw. umzukehren und zugleich in Wettbewerbsvorteile für den Wirtschaftsstandort Deutschland ummünzen**. Ein wachsender Anteil der Solarenergie an der Energieversorgung ist zugleich für das Erreichen der bereits 2021 von der Großen Koalition verankerten Klimaziele unverzichtbar.

Folgerichtig hat sich Deutschland gesetzlich dazu verpflichtet, die installierte Solarstromleistung bis zum Jahr 2030 auf 215 GW und bis 2040 auf 400 GW zu vervielfachen. Das im Jahr 2024 angestrebte Etappenziel in Höhe von

2. Speicher werden zum zentralen Element eines modernen Energiesystems – Turbo jetzt zünden

Speicher sind der Joker der Energiewende und ein inzwischen kostengünstiger und schnell verfügbarer Baustein zur Erschließung und systemdienlichen Nutzung der Solarenergie. Sie brauchen keine eigene Förderung, sie wollen einen Markt. Hier müssen die bestehenden Hindernisse rasch eingerissen werden. Der schnelle Zubau systemdienlicher Stromspeicherkapazitäten, vor allem Batteriespeicher, ist die kurzfristig wirkungsvollste und langfristig die zielführendste Maßnahme zur Integration wachsender Erzeugungskapazitäten aus erneuerbaren Energien und sollte deshalb **vorrangig vereinfacht und vorangetrieben** werden.

Der in der Vergangenheit von Bundesregierung und Bundesnetzagentur häufig priorisierte Netzausbau kann diese Herausforderungen der Transformation des Energiesystems alleine nicht stemmen, weil Netze die Energie nur räumlich, aber nicht zeitlich verschieben. **Batteriespeicher sind minimalinvasiv und an den unterschiedlichsten Standorten zu realisieren. Sie können sogar den Netzausbaubedarf reduzieren oder entschleunigen sowie den teuren Einsatz von Ersatzkraftwerken erheblich reduzieren.**

In Deutschland entwickelte innovative Speichersysteme für Solaranlagen und das erneuerbare Stromsystem sind technologisch führend, weil sie ausgereift, kostengüns-

tig und schnell installierbar sind. Die Anstrengungen der letzten Jahre haben eine ausdifferenzierte, leistungsfähige Stromspeicherbranche entstehen lassen, die in der Lage ist, **kurzfristig große Kapazitäten zu installieren**. Heim-, Gewerbe- und Industriespeicher bis zum Großspeicher an geeigneten Netzknoten oder direkt an Solar- und Windparks **benötigen keine Förderung, wenn regulatorische Hürden entfernt, unnötige Kosten reduziert und Marktprozesse vereinfacht, standardisiert und digitalisiert werden.**

Damit der Ausbau großer Batteriespeicher und gewerblicher Prosumer-Batterien entfesselt wird, muss die **Netzentgeltbefreiung** entfristet, rechtlich abgesichert und die **Baukostenzuschüsse** rechtlich eindeutig geregelt, vereinheitlicht und gesenkt werden. Zudem sollte der Bau von Batteriespeicheranlagen **im Baurecht grundsätzlich privilegiert** werden, um einen schnellen Zubau von Speichern zu vorhandenen Erzeugungsanlagen wie auch an geeigneten Netzverknüpfungspunkten zu gewährleisten.

Damit Speicher ihre systemdienliche Wirkung entfalten können, muss dringend das **Ausschließlichkeitsprinzip im EEG drastisch vereinfacht und entbürokratisiert** werden, sodass Speicher flexibel mit vor Ort erzeugtem Solarstrom wie auch Netzstrom be- und entladen werden können (**Multi-Use**).

3. Strommarkt reformieren und Investitionsanreiz im Förderrahmen gewährleisten

Die Transformation des Energiesystems benötigt sowohl die **Entfesselung von Marktkräften** als auch weiterhin eine **hinreichende staatliche Absicherung von Investitionen** zu verlässlichen Rahmenbedingungen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat seit seiner Einführung weitgehend für verlässliche Investitionsbedingungen in den unterschiedlichen Marktsegmenten gesorgt – von der privaten PV-Dachanlagen über das Gewerbesegment bis hin zu kleinen und großen PV-Solarparks. Dies ist weiterhin wichtig, da der weitere **Ausbau aller PV-Marktsegmente für das Erreichen der Klimaziele gleichermaßen benötigt** wird.

Die weitere Förderung der Solarenergie trifft in der **befragten Personen (18+)** gaben in einer YouGov-Repräsentativbefragung im Auftrag des BSW-Solar von Anfang Nov. 2024 an, dass die Bundesregierung die finanzielle Förde-

rung von Solaranlagen zumindest unverändert beibehalten (19%) oder sogar (eher) noch erhöhen sollte (55%), gaben in einer YouGov-Repräsentativbefragung Anfang Nov. 2024 an, dass die Bundesregierung die finanzielle Förderung von Solaranlagen zumindest beibehalten (19 Prozent) oder sogar (eher) noch erhöhen sollte (55 Prozent).

Auf dem Weg zu einer vollständig erneuerbaren Stromversorgung will und kann die Solarwirtschaft mehr Verantwortung übernehmen. Schritte in diese Richtung müssen aber leicht umsetzbar sein und unbedingt **unter der Prämisse stehen, die Solartechnik-Ausbauziele nicht zu gefährden**. Sie müssen den **Investitionsanforderungen von Eigen-, wie Fremdkapitalgebern entsprechen** und bei privaten, wie auch gewerblichen Investoren gleichermaßen auf hinreichende Akzeptanz stoßen.

Die positive Lenkungswirkung und Effizienz des EEG kann durch eine intelligente Nachjustierung weiter erhöht werden, ohne dabei einen Systembruch zu verursachen. So ist ein **Entfall von Vergütungs- bzw. Marktprämienzahlungen bei negativen Preisen** folgerichtig, um die Preissignale des Marktes wirken zu lassen. Allerdings setzt dies voraus, dass der bestehende, aber für PV-dysfunktionale **Kompensationsmechanismus** in §51a EEG praxisgerecht für die Photovoltaik weiterentwickelt wird.

Zudem sollten zur Vermeidung von negativen Strompreisen die **Übertragungsnetzbetreiber verpflichtet** werden, die von ihnen vermarkteten Strommengen aus der Festvergütung nicht mehr zu negativen Preisen an der Strombörse zu verkaufen.

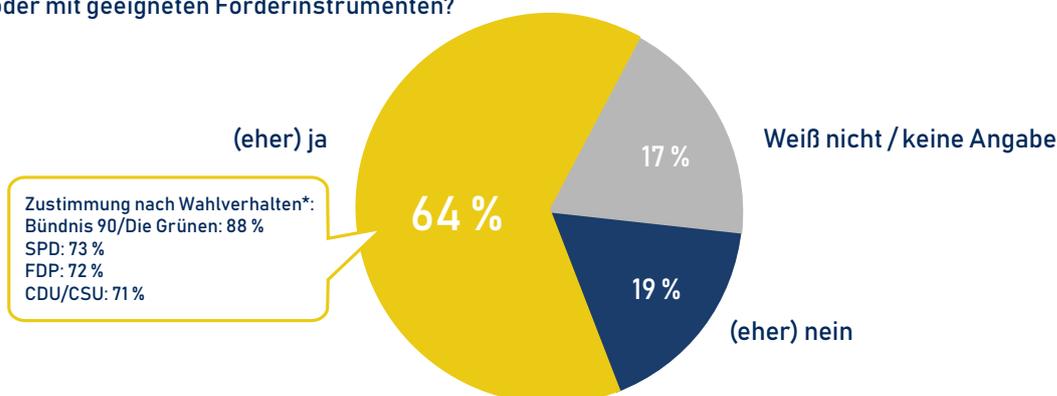
Die **Besonderheiten der einzelnen Marktsegmente** sollten bei der Weiterentwicklung der Fördersystematik beachtet werden, auch im Hinblick auf einen verhältnismäßigen technischen und administrativen Aufwand bei der Umsetzung und Risikoübernahme durch Betreiber. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Solaranlagen auf Gebäuden, die rund die Hälfte des erforderlichen PV-Zubaus tragen müssen, zumeist nicht von professionellen Betreibern, sondern von „**Einmalinvestoren**“ getätigt werden, für die der Betrieb von Solaranlagen nicht zu ihrem Kerngeschäft zählt.

Doch auch bei ebenerdig errichteten Solarparks ist eine **hinreichende technologische Differenzierung** notwendig, um die nötige Investitionsdynamik zu entfachen, die dafür erforderlichen Investorengruppen zu erreichen und zugleich die hohe Akzeptanz der Photovoltaik zu wahren. So bieten **innovative hybride Anlagenkonzepte** wie Agri-PV-Anlagen, Parkplatz- oder Floating-PV Synergieeffekte bei der Flächennutzung, z. B. durch den Erhalt landwirtschaftlicher Nutzfläche, haben aber aufgrund ihres Innovationscharakters oder eines konstruktiven Mehraufwands noch leicht höhere Installationskosten. Der Erhalt eines gesonderten Ausschreibungssystems für diese Anlagen ist deshalb wichtig.

Auch die Umsetzung der EU-Vorgaben, für Anlagen oberhalb einer Leistung von 200 kWp ab 2027 ein Abschöpfungsmechanismus einzuführen, sollte **praxistauglich und ohne das Erzeugen von Systembrüchen** erfolgen. Alle aussichtsreichen Optionen sollten zuvor sorgfältig auf ihre praktische Umsetzbarkeit sowie die Auswirkungen auf die Investitionssicherheit geprüft werden.

Bevölkerung wünscht engagierte Solarpolitik ... unabhängig von politischer Einstellung

Frage: Nächstes Jahr ist Bundestagswahl. Würden Sie sich wünschen, dass sich Parteien für den weiteren Ausbau von Solarenergie und Batteriespeichern engagieren, zum Beispiel durch den Abbau von Bürokratie oder mit geeigneten Förderinstrumenten?



Quelle: Repräsentative Bevölkerungsumfrage von YouGov im Auftrag des BSW-Solar mit 2.043 Befragten (11/2024)
*bei der Bundestagswahl 2021

4. Transformation setzt Digitalisierung des Energiesystems voraus

Kostengünstiger Strom aus Erneuerbaren Energien ermöglicht innovative Geschäftsmodelle zur Stromnutzung, wie Energy Sharing, Bidirektionales Laden oder unter Umständen auch Formen der Direktvermarktung auch bei kleineren EE-Systemen. Durch diese Geschäftsmodelle wird die Förderabhängigkeit reduziert und damit zugleich die Förderkosten gesenkt. Voraussetzung für eine dynamische, flexible und förderfreie Stromnutzung ist allerdings ein **massiver Ausbau der Digitalisierung** und Vereinheitlichung der Kommunikationsprozesse.

Auf technischer Ebene betrifft dies insbesondere die noch nicht massenhaft verfügbare Anlagensteuerbarkeit sowie

die mangelhafte Digitalisierung der Netzinfrastruktur. Die **Kosten für die aus Netzsicht notwendige Steuerungstechnik** sollten dabei **deutlich gesenkt und nicht einseitig auf die Anlagenbetreiber abgewälzt** werden. Zudem müssen die Kommunikationsprozesse zwischen Netzbetreibern, Planern, Installateuren und mit Direktvermarktern flächendeckend vereinfacht, standardisiert und digitalisiert werden, damit sie massentauglich ausgestaltet sind. Ansonsten bleibt die Energiewende hier ineffizient, zeitraubend und unnötig teuer. Insbesondere bedarf es dabei eines **verbindlichen, sanktionsbewährten Rahmens für die Verteilnetzbetreiber**.

5. Eigenverbrauch und Direktversorgungskonzepte sind Motor der Energiewende

Einer der entscheidenden Treiber für den Solar- und Speicherausbau und für eine beschleunigte Förderunabhängigkeit ist der Abbau von Barrieren für eine verstärkte Nutzung der Solarenergie direkt am Ort des Verbrauchs. Damit wird zum einen die **Sektorenkopplung ermöglicht** und zum anderen der **Netzausbaubedarf reduziert**. Dies gilt für Eigenheime mit Speicher, Wärmepumpe und Ladestation für das E-Auto sowie für Versorgungskonzepte wie Mieterstrom, die Gemeinschaftliche Gebäudeversorgung oder Quartierskonzepte.

Zahlreiche Unternehmen sichern sich bereits ihre Wettbewerbsfähigkeit mit günstigem Solarstrom. Neben der Installation von Solaranlagen auf den eigenen Dachflächen ist für die Unternehmen zunehmend auch eine kostengünstige Versorgung mit Solarstrom über eine Direktleitung zu einer Freiflächensolaranlage interessant. Eine weitere Möglichkeit besteht für Unternehmen durch den Kauf von günstigem förderfreien Solarstrom mit PPA-Verträgen. Der Zubau an förderfreien PV-Anlagen hat deshalb in den letzten Jahren deutlich zugenommen, liegt aber durch bestehende Hemmnisse bei den PPA-Verträgen weiterhin unter dem Marktpotenzial. Der in der EU-EE-Richtlinie vorgesehene **Abbau von Hemmnissen für PPA** sollte deshalb zeitnah im nationalen Recht umgesetzt werden. Insbesondere für KMU bedarf es z. B. einer **Absicherung gegen das Ausfallrisiko** durch Garantiebereitstellungen und Bürgerschaften der öffentlichen Hand. Denn KMU können bei langfristigen PPA-Verträgen häufig nicht ihre langfristige Zahlungsfähigkeit nachweisen, wodurch die Finanzierung der Solaranlagen erschwert wird.

Dezentrale Versorgungskonzepte und Direktlieferungen werden auch zukünftig der Motor der Energiewende sein. Es bedarf deshalb eines rechtlichen Rahmens, der diese Konzepte ermöglicht und fördert.



6. Genehmigungsprozesse beschleunigen – Bürokratie abbauen

Oft langwierige und bürokratische Genehmigungsverfahren verzögern die Installation von ebenerdig errichteten Solarthermie- und Photovoltaikanlagen sowie von Wärme- und Batteriespeichern erheblich.

Freiflächen-Solarthermieanlagen für die Fernwärme werden häufig von den Gemeinden und dem (kommunalen) Fernwärmeversorger vor Ort unterstützt, die häufig unklare rechtliche Auslegung der bestehenden baurechtlichen Privilegierung der Wärmeversorgung verzögert jedoch regelmäßig die Genehmigungsverfahren. Im Baurecht ist es deshalb notwendig klarzustellen, dass die **Installation von Freiflächen-Solarthermieanlagen und den dazugehörigen Wärmespeichern baurechtlich privilegiert** wird. Zu beachten ist dabei insbesondere auch die notwendige geografische Nähe der Solarthermieanlage zum Wärmenetz.

Batteriespeicher sollten aufgrund ihrer umfangreichen Bedeutung für die Transformation der Stromversorgung (vgl. Punkt 2) und der Notwendigkeit eines sehr schnellen Zubaus ebenfalls privilegiert werden.

Eine neue baurechtliche Privilegierung der Photovoltaik sollte hingegen nur für die Marktsegmente der Agri-PV erfolgen, bei denen keine Änderung der wesentlichen Flächennutzung erfolgt, sowie zum Abbau unverhältnismäßiger Bürokratie für kleine **PV-Freiflächenanlagen bis 1 MW**.

Eine generelle Privilegierung von PV-Freiflächenanlagen ist hingegen aus Akzeptanzgründen nicht sinnvoll, da diese bisher erfolgreich die kommunalen Entscheidungsprozesse des Bauleitplanverfahrens durchlaufen sind und damit

lokale Akzeptanz für die Energiewende stärken.

Das Genehmigungsverfahren im Bauleitplanverfahren sollte jedoch für PV-Anlagen beschleunigt und entschlackt werden. Eine dringende Herausforderung besteht zudem in der unverhältnismäßigen Belastung von Landwirten und Landwirtinnen durch die **Erbschaftssteuer**. Denn aktuell werden Flächen mit Freiflächensolaranlagen als Gewerbeflächen bewertet, wodurch im Erbfall bei den Landwirten und Landwirtinnen eine unverhältnismäßige Kostenbelastung entsteht und der Verlust des landwirtschaftlichen Erbschaftssteuerprivilegs droht.

Der **naturschutzfachliche Nutzen von Freiflächensolaranlagen** wird bisher nur ungenügend im Genehmigungsverfahren berücksichtigt. Flächen mit Freiflächensolaranlagen werden in der Regel extensiv ohne Dünger, Pestizide oder Herbizide bewirtschaftet. Diese Extensivierung der Flächen führt zu positiven Auswirkungen auf die lokale Biodiversität. Trotzdem müssen heute **kostspielige Ausgleichsflächen** zur Kompensation des Eingriffs in den Naturhaushalt geschaffen werden, selbst wenn die Fläche vorher ein intensiv genutzter Acker war und nachgewiesen werden kann, dass die Solaranlage einen positiven naturschutzfachlichen Effekt hat. Der naturschutzfachliche Nutzen sollte deshalb stärker beachtet werden und Ausgleichsflächen nur im Maße der tatsächlichen langfristigen Folgen des Eingriffs erfolgen. Im Falle eines positiven naturschutzfachlichen Nutzens sollte die Fläche zudem selbst als Ausgleichsfläche anerkannt werden können.

7. Wärmewende durch Solarthermie entfesseln – knappe Brennstoffe einsparen

Eine **intelligente Mischung aus einer angemessenen CO₂-Bepreisung mit integriertem Klimageld-Ausgleich, Fördern und Fordern** ist unverzichtbar, um in Deutschland auch die Wärmewende endlich in Schwung zu bringen. Eine deutliche absolute Mehrheit der Bevölkerung (63 Prozent) ist – trotz den zurückliegenden Diskussionen um das Heizungsgesetz – (eher) der Meinung, dass die Energiewende im Wärmesektor durch den verstärkten Einsatz Erneuerbarer Energien, z. B. Solarwärme zum Heizen, weiter vorangetrieben werden sollte (YouGov Repräsentativbefragung im Auftrag des BSW-Solar unter 2.043 Personen (18+) von Anfang November 2024).

7 von 10 Befragten (71 Prozent) stimmen zugleich (eher) zu, dass Planungs- und Genehmigungsprozesse für große

Solarthermieanlagen beschleunigt und entbürokratisiert werden sollten, so dass mehr Menschen in Deutschland solare Wärme nutzen können.

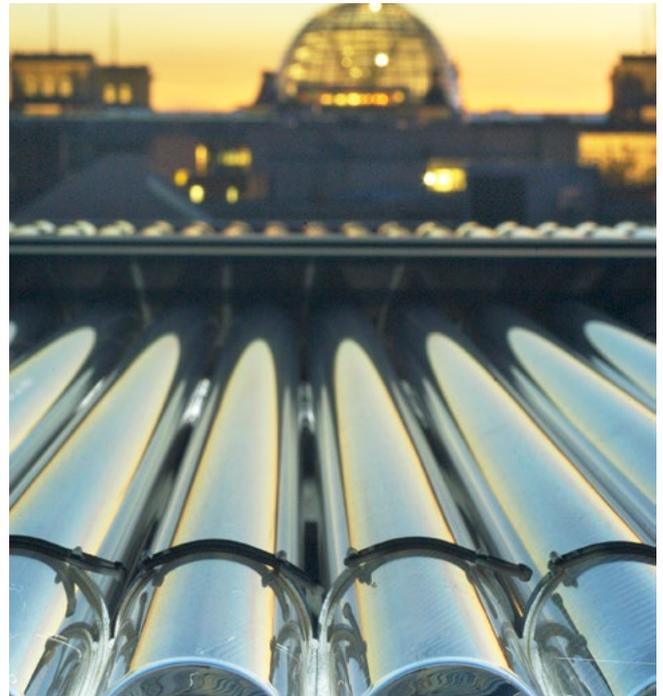
Die **solare Fernwärme ist eine wichtige Option für die kommunale Wärmeplanung**. Bei ihrer Erzeugung wird die Solarthermie zukünftig einen wichtigen Beitrag leisten. Laut Prognose sollen die Kollektorfelder bis 2045 13 TWh in Wärmenetze einspeisen. Dies entspricht einer Kollektorfläche von 30 Mio. m². Zum Vergleich: Aktuell befinden sich Anlagen mit rd. 450.000 m² im Betrieb oder in Planung. Um diese enorme Steigerung zu erreichen, ist insbesondere einer Privilegierung großer Solarthermie-Kraftwerke zur Dekarbonisierung der Fernwärme erforderlich.

Das sogenannte **Heizungsgesetz sollte nicht abgeschafft, sondern nachjustiert werden**. Wichtig ist dabei die Schaffung von **mehr Technologieoffenheit und Flexibilität sowie eine sachgerechte Ertragsbewertung der Solarthermie bei der Erfüllung der EE-Mindeststandards** im Gebäudeenergiegesetz. Darüber hinaus sollten mithilfe einer Mehrwertsteuerbefreiung und einer **solarthermischen Nachrüstkampagne von jüngeren Gas- und Ölheizungen im Gebäudebestand** „niedrig hängende Früchte“ für die Wärmewende geerntet werden. Somit kann bei vergleichsweise geringem investiven Aufwand in relevantem Umfang CO₂ eingespart werden. Gleichzeitig kann der zu erwartende deutliche Preisanstieg bei Erdgas für die Verbraucher:innen deutlich gemildert werden.

Dieser Preisanstieg ist durch einen **verlässlichen und ambitionierteren Pfad zur CO₂-Bepreisung** zu flankieren. Um die langfristige Wirtschaftlichkeit für Verbraucher:innen und Industrie transparent zu machen, ist eine **verstärkte Kommunikation** der zu erwartenden Entwicklungen der CO₂-Bepreisung notwendig.

Das große Potenzial der Solarthermie sollte endlich nicht nur für die Raumwärmeerzeugung, sondern auch für die Produktion von Prozesswärme gehoben werden. Die Technologie ist bereits heute verfügbar und kann sofort CO₂-freie Wärme bis 400°C erzeugen. Mit Solarthermie können somit auch kurz- und mittelfristige Dekarbonisierungsziele erreicht werden. Gleichzeitig können die Kosten für ein hybrides Wärmesystem langfristig gesenkt werden.

Um die gegenüber fossilen Wärmequellen vergleichsweise hohen Anfangsinvestitionen zu dämpfen, ist eine **unterbrechungsfreie Weiterführung der Bundesförderprogramme** für effiziente Gebäude (BEG), für effiziente Wärmenetze

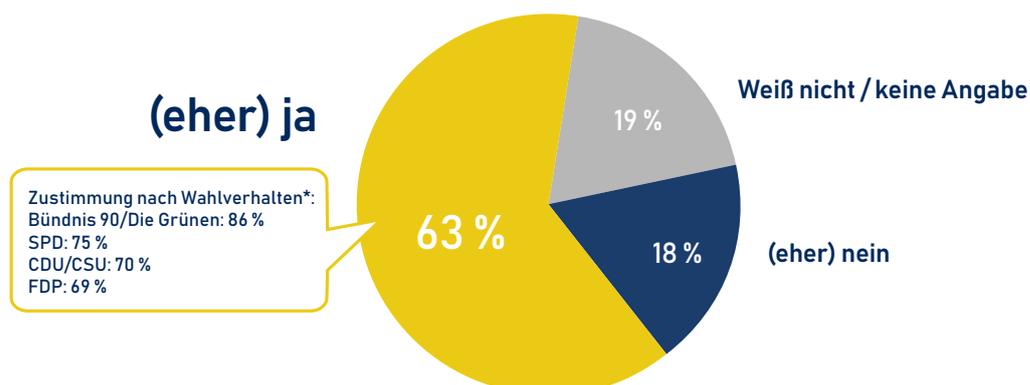


(BEW) und für Energie- und Ressourceneffizienz in der Wirtschaft (EEW) in den nächsten Jahren zu gewährleisten. Letztere sollte durch steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten ergänzt werden.

Diese Flankierung durch Investitionszuschüsse für EE-Wärmetechnologien ist so lange erforderlich, bis das Vertrauen in eine hinreichende CO₂-Bepreisung und hinreichende Investitionsimpulse für Unternehmen wie auch Privatverbraucher nachweisbar hergestellt wurde.

Mehrheit will Wärmewende fortsetzen ... unabhängig von politischer Einstellung

Frage: Sind Sie der Meinung, dass die Energiewende im Wärmesektor weiter vorangetrieben werden sollte, zum Beispiel durch den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien wie u. a. Solarwärme zum Heizen?



Quelle: Repräsentative Bevölkerungsumfrage von YouGov im Auftrag des BSW-Solar mit 2.043 Befragten (11/2024)
 *bei der Bundestagswahl 2021

8. Netzausbau, -nutzung und Netzanschlussprozesse beschleunigen

Damit der Netzausbau künftig mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien Schritt halten kann, bedarf es eines **zügigen und vorrausschauenden Netzausbaus**, einer **effizienteren und schnelleren Kommunikation zwischen Anschlussbegehrenden und Netzbetreibern** und letztendlich einer aufgeschlossenen Herangehensweise bei der **Integration neuer, innovativer Ideen im Bereich Netzanschluss und Netzbetrieb**.

Durch eine bessere Nutzung bestehender Kapazitäten können Netzbetreiberinnen und Netzbetreiber Zeit für den Netzausbau gewinnen. Dafür muss eine schnelle Sichtbarkeit bestehender Auslastungen im Verteilnetz geschaffen werden, um eine Echtzeit-Nutzung des Netzes bei der Energieübertragung und damit den Einsatz von Flexibilitäten zu ermöglichen.

Zusätzlich sollten **Anschlusskapazitäten und Betriebsmittel effizienter genutzt** werden: Beim Netzanschluss fluktuierender Energieträger wird i. d. R. nur ein Bruchteil der verfügbaren Netzkapazität belegt. Wie mit Hilfe einer **sinnvollen Überbauung von Netzverknüpfungspunkten durch verschiedene EE-Anlagen und Speicher** mit einer definierten Anschlusswirkleistung bestehende Stromnetze deutlich effizienter ausgelastet werden könnten, das zeigt eine Fraunhofer-Studie, die vom BEE und Fachverbänden wie dem BSW-Solar initiiert wurde. Um somit einen großen Teil der in Deutschland schon vorhandenen Netzverknüpfungspunkte für weitere und geteilte EE- und

Speicher-Anwendungen zur Verfügung zu stellen, bedarf es kurzfristig eines **Rechts des Anschlussbegehrenden auf den Abschluss eines flexiblen Netzanschlussvertrages**. Zusätzlich wird eine **Plattform benötigt**, um bestehende Netzanschlusspunkte anzubieten bzw. zu identifizieren und zu anderen interessierten Projektierern bzw. Netz-Nutzern Kontakt aufnehmen zu können.

Netztransparenz ist ein wesentlicher Bestandteil, um die Effizienz im Anschlussbetrieb zu steigern und Kapazitäten bei Netzbetreibern und Projektierern frei werden zu lassen, um diese produktiver zu nutzen. Dafür bedarf es der **Schaffung einer unverbindlichen digitalisierten Netzanschlusssauskunft**. Diese würde die gegenwärtig hohe Zahl von „Mehrfach-Anschlussbegehren“ reduzieren. Weitere Kapazitäten werden frei, wenn **Anschlussbegehren zukünftig vollständig automatisiert ablaufen könnten**. Dies sollten alle Netzbetreiber zeitnah ermöglichen.

Neben den Punkten zur Nutzbarkeit bestehender Kapazitäten und der Vereinfachung, Standardisierung und Digitalisierung von Prozessen, sollten zukünftig auch **Netzbetreiber für das Verfehlen von Zielen und Anforderungen pönalisiert werden**, wie das bei Betreibern von EE-Anlagen z. B. bei Fristverschleppungen längst der Fall ist.

Für die schnelle und effiziente Rechtsklärung in Einzelfällen und zur Klärung häufiger Anwendungsfragen sollte eine Clearingstelle Netze eingerichtet werden.

9. Hohe Akzeptanz für Solartechnik sichern und ausbauen

Solarenergie ist nicht nur die günstigste Energiequelle, sie ist zugleich die erneuerbare Energie mit der höchsten Akzeptanz in der Bevölkerung und die Stromerzeugungsart mit den **vielfältigsten Beteiligungsmöglichkeiten**. Eigenheimbesitzer:innen können ihr Hausdach zur Tankstelle für das E-Auto machen. Unternehmer:innen sichern sich langfristig preiswerte Energie vom eigenen Firmendach und sogar Mieter:innen ohne eigene Dachflächen können durch Balkonkraftwerke und Mieterstrom unmittelbar an der Energiewende teilhaben. Die Solarenergie ist zentraler Garant für die Akzeptanz der Energiewende.

Eine angemessene **Beteiligung von privaten Verbrauchern über Landwirte, den Mittelstand bis hin zur Industrie und Kommunen** muss sichergestellt werden. Neue Beteiligungsmodelle wie die Gemeinschaftliche Gebäudeversorgung oder Energy Sharing müssen praxistauglich eingeführt werden, damit immer mehr Menschen zu Prosumern werden und somit die Akzeptanz für die Energiewende auf hohem Niveau bleibt.



10. Renaissance der Solarindustrie in Europa ermöglichen

Die deutsche Solarwirtschaft steht bereit, auch ambitionierte Ausbauziele umzusetzen und flexible Lösungen für eine erfolgreiche Energiewende zu skalieren. Beim Aufbau krisenfester Lieferketten, die auch bei geopolitischen Verwerfungen Zugang zur PV-Technologie, strategische Souveränität und lokale Arbeitsplätze garantieren, ist sie im harten internationalen Wettbewerb jedoch auf Rahmenbedingungen angewiesen, die nicht das volle Risiko dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe auf den Schultern der Unternehmen abladen. Der Industrieplan von Ursula von der Leyens „Green Deal“ strebt eine sinnvolle kontinentale Eigenversorgungsquote im Bereich der Netto-Null-Technologien i. H. von 40 Prozent an. Mit dieser Zielsetzung sollte eine europäische Solarproduktion entlang der gesamten Wertschöpfungskette nebst dem Erhalt der eigenen PV-Innovationsfähigkeit für eine **solartechnische Grundversorgung** sichergestellt werden. Diese „Resilienz“ hat einen **hohen gesellschaftlichen Nutzen, aber auch einen Preis**. Noch verfügt Europa über einen hinreichenden Nährboden und geeignete Standortbedingungen für eine Wiederansiedlung und Skalierung der Solarindustrie.

Der Bundesverband Solarwirtschaft empfiehlt deshalb die Schaffung einer **attraktiven Förderkulisse in der EU** und an deutschen Standorten, die Unterstützung von Unternehmen bei der Diversifizierung ihrer Lieferketten durch kluge Kooperationen mit handlungsstarken Partnern aus anderen Staaten und der Privatwirtschaft sowie die Bindung junger Forscher:innen durch eine verlässliche, **hinreichend finanziell ausgestattete und praxisnahe Forschungslandschaft**, z. B. durch Pilotlinien im PV-Maschinenbau.

Zölle und marktweite Handelsbarrieren sind hingegen abzulehnen. Sie würden das gewachsene PV-Ökosystem in Deutschland gefährden, die Energiewende insgesamt verteuern und den Zugang deutscher Stromkunden zu preiswertem Solarstrom erschweren. Sowohl der PV-Zubau zur kostengünstigen Erreichung von Klima-Zielen, als auch die strategische Souveränität sind gleichermaßen unverzichtbare Säulen der Energiewende. Durch eine ausgewogene Ausgestaltung industriepolitischer Programme, aktuell vor allem der europäischen Netto-Null-Gesetzgebung in Verbindung mit der Nutzung beihilferechtlicher Flexibilitäten, lassen sich beide Ziele in Einklang bringen. Durch eine Kombination von limitierten Resilienz-Auktionen im EEG mit einer klugen OPEX- & CAPEX-Unterstützung ohne bürokratische Überfrachtung kann eine Überbrückung der Hochlaufphase europäischer Giga-Fabriken zu einer internationalen Wettbewerbsfähigkeit gelingen.



Rückfragen:

Bundesverband Solarwirtschaft e. V.

Carsten Körnig

Hauptgeschäftsführer
geschaeftsleitung@bsw-solar.de

Bereich Politik & Technik

politik@bsw-solar.de

Eingetragen im Lobbyregister
des Bundestages: R002438